

Geschäftsverteilungsplan
des Landgerichts Bielefeld für das Jahr 2010

A. Allgemeines

Für die Bestimmung der Zuständigkeit gilt folgendes:

I. hinsichtlich der Zivil- und Strafkammern:

1.

Für die vor dem **01.01.2010** eingegangenen Sachen gilt die bis 31.12.2009 maßgebliche Geschäftsverteilung fort, es sei denn, dieser Geschäftsverteilungsplan enthält eine hiervon abweichende ausdrückliche Regelung. Im Laufe des Geschäftsjahres eintretende Zuständigkeitsänderungen gelten ebenso grundsätzlich nur für die vom Tage der Änderung ab neu eingehenden Sachen, wenn nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

Wenn im Geschäftsverteilungsplan nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, ist die mit der Bearbeitung einer Sache zunächst befasste Zivilkammer zur Abgabe der Sache an eine andere Kammer nicht mehr befugt, wenn sie bereits eine sachliche Entscheidung oder Verfügung getroffen hat. Das gilt auch, wenn die Kammer die Sache nur im Prozesskostenhilfverfahren bearbeitet hat. Eine sachliche Verfügung ist nicht das Hinwirken auf eine gesetzlich gebotene Vervollständigung oder Korrektur der Angaben zur Person der Parteien oder Beschuldigten, soweit sie unter dem erkennbaren Vorbehalt der endgültigen Geschäftsverteilung erfolgt.

Eine Strafkammer, die über die Eröffnung des Hauptverfahrens entschieden oder Termin zur Berufungsverhandlung bestimmt hat, bleibt mit dem jeweiligen Verfahren auch dann weiter befasst, wenn sich ihre Unzuständigkeit nachträglich ergibt, es sei denn, es handelt sich um die gesetzliche Zuständigkeit einer anderen Kammer.

2.

Bei Meinungsverschiedenheiten von Kammern über ihre Zuständigkeit gibt Herr Vorsitzender Richter am Landgericht Brechmann seine Stellungnahme ab. Falls sich die beteiligten Kammern dieser nicht anschließen, entscheidet das Präsidium.

3.

Soweit im Kammerbesetzungsplan Mitglieder oder Beisitzer einer oder mehrere Kammern als Vertreter bezeichnet sind, werden sie in der Reihenfolge ihres Dienstalters herangezogen, und zwar der nach dem Dienstalter jüngste zuerst, bei gleichem Dienstalter der nach dem Lebensalter jüngste zuerst, Vorsitzende Richter zuletzt.

Bei der Vertretung der 1., 2., 3., 4., 8., 9. und 10. Strafkammer treten, wenn die Beisitzer der Vertretungs- und aller Ersatzvertretungskammern verhindert sind, bei Entscheidungen außerhalb der Hauptverhandlung die Vorsitzenden der Vertretungskammern in der Reihenfolge ihrer Benennung als Vertreter ein.

4.

Soweit Kammern mit mehr als zwei Beisitzern besetzt sind, wird ausdrücklich festgestellt, dass dies zur Gewährung einer geordneten Rechtsprechung unvermeidbar ist.

5.

Ist ein Richter sowohl Mitglied in einer Zivilkammer als auch in einer Strafkammer, geht die Tätigkeit in der Strafkammer derjenigen in der Zivilkammer vor, nicht jedoch die mit einer anderen Tätigkeit in einer Strafkammer verbundene Wahrnehmung einer Vertretung in einer anderen Strafkammer.

Die Tätigkeit in einer Strafkammer geht der Tätigkeit in einer Strafvollstreckungskammer vor.

II. hinsichtlich der Zivilkammern:

1.

Soweit die Zuständigkeit der Zivilkammern auf die Bezirke der Amtsgerichte abstellt, ist entscheidend, in welchem Amtsgerichtsbezirk der Beklagte seinen allgemeinen Gerichtsstand hat. Wenn kein Beklagter einen allgemeinen Gerichtsstand im Bezirk des Landgerichts Bielefeld hat, ist der Amtsgerichtsbezirk maßgebend, in dem der Kläger seinen allgemeinen Gerichtsstand hat. Für die Zuteilung nach Anfangsbuchstaben bleibt jedoch der Name des Beklagten maßgebend. Wenn keine der Parteien einen allgemeinen Gerichtsstand im Bezirk des Landgerichts Bielefeld hat, so ist die Sache so zu behandeln, als ob der Beklagte seinen allgemeinen Gerichtsstand im Amtsgerichtsbezirk Bielefeld hätte.

2.

Soweit die Zuständigkeit der Zivilkammern auf die Verhältnisse des Klägers oder des Beklagten abstellt, sind bei mehreren Klägern bzw. Beklagten die Verhältnisse desjenigen maßgebend, dessen Name nach dem Alphabet an erster Stelle steht. Bei Identität des Nachnamens entscheidet der Vorname. Sind auch die Vornamen identisch und haben die mehreren Kläger bzw. Beklagten ihren allgemeinen Gerichtsstand in verschiedenen Amtsgerichtsbezirken, so ist auf den Amtsgerichtsbezirk abzustellen, der im Alphabet an erster Stelle steht. Solange eine Partei ihren allgemeinen Gerichtsstand im Landgerichtsbezirk Bielefeld hat, scheidet der im Alphabet vorrangige oder der identische Name einer außerhalb des Landgerichtsbezirk Bielefeld wohnenden Partei zur Zuständigkeitsbestimmung aus.

3.

a)

Bei Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Insolvenzverwalter, Zwangsverwalter, Testamentsvollstrecker oder Nachlaßverwalter Partei kraft Amtes ist, wird für die Zuständigkeit auf Namen und Geschäftssitz, hilfsweise Wohnsitz des Gemeinschuldners bzw. des Schuldners oder des Erblassers abgestellt. Entsprechendes gilt, wenn in einem Rechtsstreit die unbekanntenen Erben durch einen Nachlasspfleger vertreten werden.

b)

Bei Haftungsklagen gegen Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt, kommt es für die Zuständigkeit der Kammer auf den Sitz der Kanzlei oder des Geschäftsbetriebs der in Anspruch genommenen Person an, es sei denn, sie wird unter ihrem allgemeinen Gerichtsstand verklagt.

4.

Bei Personen, die einen aus mehreren Worten bestehenden Zunamen tragen oder die dem früheren Adel angehören, entscheidet der erste Buchstabe des Hauptwortes.

Demgemäß ist bei Klagen gegen An der **B**rügge, Graf von **L**andsberg der fettgedruckte Buchstabe maßgebend.

5.**a)**

Bei Klagen gegen eine Firma, in der feststellbar ein Eigenname (falls Vor- und Zuname genannt sind: der Zuname) einer natürlichen Person enthalten oder der eine Inhaberbezeichnung mit einem solchen Eigennamen beigefügt ist, entscheidet der zuerst genannte Eigenname (Beispiele: Vereinsbrauerei Wasser, Scharbeck & Co. = W; Herforder Gebäudereinigung, Inhaber Otto Feger = F; Möbelindustrie Schulze und Co., Inhaber Werner Meier = S).

b)

Bei sonstigen Firmenbezeichnungen ist der erste Buchstabe des gesamten angegebenen Firmennamens entscheidend (Beispiele: Ravensberger Spinnerei AG = R; Gesellschaft für Datenverarbeitung = G; B + S Transportgesellschaft = B).

c)

Beginnt ein Firmenname mit Ziffern, bleiben diese für die Bestimmung der Zuständigkeit unberücksichtigt (Beispiel: 3WMembership GmbH = W). Besteht ein Firmenname jedoch ausschließlich aus Ziffern, ist der Anfangsbuchstabe des deutschen Zahlworts der ersten Ziffer maßgebend, also bei einer Klage gegen die Firma 123 GmbH der Buchstabe E.

d)

Vorstehende Regelungen gelten entsprechend bei Klagen gegen Vereine, Stiftungen und Partnerschaftsgesellschaften sowie Gesellschaften bürgerlichen Rechts, soweit diese unter einer bestimmten Geschäftsbezeichnung verklagt werden.

6.

Bei Klagen gegen Wohnungseigentümergeinschaften entscheidet der Anfangsbuchstabe des Namens der Straße, in der sich die Liegenschaft befindet. Besteht der Straßenname aus mehreren Worten, ist auf den Anfangsbuchstaben des ersten Wortes abzustellen (Beispiel: An der Reegt = A). Ist die Liegenschaft mehreren Straßen zuzuordnen (Eckgrundstück), ist die Straßenbezeichnung maßgeblich, die nach den vorgenannten Kriterien mit dem im Alphabet an früherer Stelle stehenden Anfangsbuchstaben beginnt.

7.

Bei der Bundesrepublik Deutschland, einem Bundesland, bei Körperschaften des öffentlichen Rechts, bei Gemeinden usw., Kirchengemeinden, Sparkassen, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, ist der Name des Landes, der Körperschaft, der politischen Gemeinde usw. entscheidend, also bei Klagen gegen die Bundesrepublik **D**eutschland, das Land **N**ordrhein-Westfalen, der Landschaftsverband **W**estfalen-Lippe, die Stadt **B**ielefeld, die Ev.-luth. Stiftskirchengemeinde **S**childesche, die Sparkasse **B**ielefeld der fettgedruckte Buchstabe. Hat eine Kirchengemeinde oder Sparkasse die alte Ortsbezeichnung beibehalten, obwohl die politische Gemeinde durch Eingemeindung geändert worden ist, so entscheidet die beibehaltene alte Ortsbezeichnung. Der Zusatz "Bad" gilt nicht als Teil des Namens der politischen Gemeinde.

8.

Wenn die Angaben zur Person der Parteien in der Klageschrift unrichtig sind, so sind die richtigen Angaben maßgebend.

9.

Die Klagen aus den §§ 302 IV 3, 323, 579, 580, 600 II, 717 II, 731, 767, 768, 796, 893 II, 945 ZPO und die Kostenklagen (§ 11 Abs. 5 RVG bzw. § 19 Abs. 5 BRAGO) gehören vor die Kammer, die mit dem Vorprozess befasst war.

10.

Verkehrsrechtsstreitigkeiten sind Rechtsstreitigkeiten, die in einem Verkehrsunfall ihren Grund haben, an dem ein Fahrzeug (auch Luft- und Wasserfahrzeuge) beteiligt war, einschließlich der Verfahren gegen Kaskoversicherungen und Regressverfahren, denen ein solcher Verkehrsunfall zugrunde liegt.

11.

Baurechtsstreitigkeiten sind Rechtsstreitigkeiten aus Dienst-, Werk- und Werklieferungsverträgen über nicht vertretbare Sachen sowie aus Grundstückskaufverträgen und Bausatzverträgen, jeweils soweit diese Verträge die Verpflichtung zur Errichtung, zu Reparaturen, zu Renovierungen, zu Umbauten oder zum Abbruch von Gebäuden und anderen Bauwerken enthalten. Dazu zählen außerdem Verträge, die Planungs- und sonstige Architekten- und Ingenieurleistungen, Vermessungs- sowie Gutachtertätigkeiten betreffend Grundstücke, Gebäude und andere Bauwerke zum Gegenstand haben.

12.

Medizinschadenssachen sind bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, in denen Auskunfts- oder Schadensersatzansprüche gegen Angehörige der heilbehandelnden Berufe der Humanmedizin und gegen Krankenhausträger sowie Ansprüche aus Amtspflichtverletzung (einschließlich Regressansprüchen des Dienstherrn) geltend gemacht werden, jeweils soweit diese Ansprüche im Zusammenhang mit heilbehandelnder Tätigkeit stehen.

13.

Verkehrsrechts- oder Baurechtsstreitigkeiten sowie Medizinschadenssachen sind auch die Rechtsstreitigkeiten

- über die Rückgewähr von Leistungen nach Bereicherungsrecht, bei denen der fehlende oder weggefallene Rechtsgrund nach Buchstaben 10), 11) oder 12) zu behandeln gewesen wäre;
- über Schadensersatzansprüche gegen Rechtsanwälte wegen Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit der Beratung oder Vertretung in einer Angelegenheit, die nach Buchstaben 10), 11) oder 12) zu behandeln wäre;
- über Schadensersatzansprüche gegen Sachverständige aus § 839a BGB wegen eines in einer Verkehrsrechts- oder Baurechtsstreitigkeit oder Medizin-schadenssache erstatteten Gutachtens;
- über Regressansprüche von Versicherern, denen eine Verkehrsrechts- oder Baurechtsstreitigkeit oder Medizinschadenssache zugrunde liegt.

14.

Werden Entscheidungen einer Zivilkammer des Landgerichts Bielefeld durch ein übergeordnetes Gericht oder das Bundesverfassungsgericht aufgehoben und an eine andere Zivilkammer des Landgerichts zurückverwiesen, so ist als andere Zivilkammer die Zivilkammer zuständig, deren Mitglieder nach dem Kammerbesetzungsplan als Vertreter der Kammer, deren Entscheidung aufgehoben worden ist, zuständig sind.

III. hinsichtlich der großen Strafkammern

1.

Soweit nachstehend nichts anderes bestimmt ist, ist für die Bestimmung der Zuständigkeit der ab dem **01.01.2010** bei dem Landgericht Bielefeld neu eingehenden Sachen der Zeitpunkt des Eingangs der Anklage beim Landgericht maßgebend.

2.

Die mit dem Eingang einer Sache (auch nach Rückkehr aus der Revisionsinstanz) einmal begründete Zuständigkeit bleibt grundsätzlich für die Gesamtdauer des Verfahrens bestehen.

3.

Für die Nachtragsentscheidungen ist die Kammer zuständig, die in der Hauptsache zuletzt entschieden hat (gilt nicht für Qs-Sachen). Für Entscheidungen nach § 462 a StPO gilt dies nur, wenn die Sache schon beim Landgericht anhängig war; sonst richtet sich die Zuständigkeit nach der allgemeinen Regelung.

4.

Wird bei einer Strafkammer ein anderes, bereits bei einer anderen Strafkammer anhängiges Verfahren mit einem bei dieser Kammer eingehenden oder bereits anhängigen Verfahren verbunden, gilt das verbundene Verfahren bei dieser Kammer als Neueingang unter Anrechnung auf den Turnus. Verbundene oder übernommene Verfahren gelten in dem Zeitpunkt als eingegangen, in welchem der Verbindungs- oder Übernahmebeschluss der Eingangsstelle zugeht.

5.

Die Zuständigkeit für Wiederaufnahmeverfahren folgt der allgemeinen Regelung.

6.

Wird die Zuziehung eines oder mehrerer Ergänzungsrichter angeordnet und kann der Ergänzungsrichter nicht kammerintern aus überzähligen Beisitzern bestimmt werden, richtet sich die Bestimmung nach den Regelungen über die Vertretung gemäß A.I.3. des Geschäftsverteilungsplans.

7. Turnussystem

7.1 Allgemeine Bestimmungen

Die beim Landgericht Bielefeld ab dem **01.01.2010** neu eingehenden Strafsachen, soweit es sich nicht um Neueingänge in Wirtschaftsstrafsachen handelt, werden jeweils gemäß den nachfolgenden Bestimmungen nach einem rollierenden System auf die 1., 2., 3., 4., 9. und 10. (große) Strafkammer verteilt. Dabei werden zwei verschiedene Turnuskreise gebildet.

Turnus 1 (Haftsachen 1. Instanz):

Erstinstanzliche Strafsachen (Anklagen und Anträge gemäß § 413 sowie §§ 153, 153 a StPO), wenn zum Zeitpunkt des Eingangs der Anklage oder der Antragsschrift beim Landgericht Bielefeld mindestens gegen einen der Angeschuldigten/Angeklagten/Beschuldigten in dem eingehenden Verfahren ein Haft- oder Unterbringungsbefehl besteht, unabhängig davon, ob er vollzogen wird.

Dies gilt entsprechend, wenn Verfahren gemäß §§ 209, 270 StPO an eine Strafkammer des Landgerichts Bielefeld verwiesen oder dieser gem. § 209 Abs. 2 StPO zur Entscheidung vorgelegt werden.

Turnus 2 (alle übrigen Strafsachen 1. Instanz):

Alle anderen erstinstanzlichen Strafsachen

Die Zuteilung der Sachen innerhalb des jeweils einschlägigen Turnuskreises auf die an diesem Turnus teilnehmenden Kammern erfolgt durch die vom Präsidenten des Landgerichts bestimmte Geschäftsstelle (zentrale Eingangsstelle für Strafsachen) in der Reihenfolge ihres Eingangs nacheinander. Die am Turnus teilnehmenden Kammern bleiben in der entsprechenden Turnuszeile unberücksichtigt, soweit dort bereits eine Sache auf Grund Sonderzuständigkeit oder Zurückverweisung oder aber ein Freikreuz gemäß nachstehenden besonderen Regelungen eingetragen ist.

Dem/der mit den Aufgaben der zentralen Eingangsstelle betrauten Geschäftsstellenbeamten/in ist es untersagt, außer dem Präsidenten des Landgerichts, seinem Vertreter oder dem mit der Geschäftsverteilung befassten richterlichen Dezernenten oder dessen Vertreter Auskünfte über den aktuellen Stand der jeweiligen Turnuszu-

teilung zu geben.

Am folgenden Tag ist jeweils im begonnenen Turnus fortzufahren.

Maßgebend ist immer der Eingang bei der zentralen Eingangsstelle, die mit einem besonderen Eingangsstempel ausgestattet ist. Ist eine neue Sache nicht als solche behandelt worden und in den Geschäftsgang gelangt, ist sie unverzüglich der zentralen Eingangsstelle zuzuleiten. Für die Bestimmung der Reihenfolge der Eingänge ist der Zeitpunkt maßgebend, an dem die zentrale Eingangsstelle die neue Sache als solche behandelt.

Abtrennungen aus bereits beim Landgericht Bielefeld anhängigen Verfahren und die Verbindung mehrerer Verfahren bei einer Kammer gelten nicht als Neuzugang im Sinne dieser Bestimmungen und bleiben bei der Turnuszuteilung unberücksichtigt.

Gehen mehrere in denselben Turnuskreis fallende Sachen gleichzeitig bei der zentralen Eingangsstelle ein, so erfolgt zunächst die Zuteilung nach einer etwaigen Sonderzuständigkeit (etwa 3. Strafkammer: Jugendschutzsache). Danach werden die an das Landgericht zurückverwiesenen Sachen bei der dann jeweils neu zuständigen Kammer zugeteilt. Schließlich erfolgt die Zuteilung der dann noch verbleibenden Sachen in der aufsteigenden Reihenfolge des Aktenzeichens der Staatsanwaltschaft zum Zeitpunkt des Eingangs des Verfahrens, beginnend mit dem niedrigsten Jahrgang, innerhalb des Jahrgangs mit dem niedrigsten Aktenzeichen (ohne Berücksichtigung der Referatskennzahl der Staatsanwaltschaft). Die an einem Tag eingegangenen Verfahren gelten als gleichzeitig eingegangen.

Durch eine irrtümlich erfolgte Falschzuteilung wird die Zuteilung der danach zugeteilten Sachen nicht berührt.

Wird eine Sache von einer Kammer an eine andere Kammer wegen besonderer Zuständigkeit abgegeben und von dieser ganz oder teilweise wieder zurückgegeben, bleibt die frühere Kammer ohne erneute Zuteilung im Turnus zuständig.

Eine Kammer bleibt ohne erneute Zuteilung im Turnus zuständig, wenn die Staatsanwaltschaft nach Rücknahme der öffentlichen Klage oder nach Ablehnung der

Eröffnung des Hauptverfahrens wegen derselben Tat im Sinne des § 264 StPO erneut öffentliche Klage erhebt oder auf Beschwerde die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen wird. Dies gilt auch dann, wenn in der neuen Klage die Tat rechtlich abweichend gewürdigt, eine andere Rechtsfolge beantragt, der Sachverhalt abweichend dargestellt, die Zahl der Beschuldigten geändert oder die Klage erweitert wird, soweit nicht die neue Anklage eine Spezialzuständigkeit begründet.

Die aufgrund Zuteilung eines Antrages auf Einstellung des Verfahrens gemäß §§ 153, 153a StPO im Turnusverfahren zuständig gewordene Kammer bleibt auch ohne erneute Zuteilung für eine wegen derselben Tat im Sinne des § 264 StPO später erhobene öffentliche Klage zuständig. Diese Regelung gilt entsprechend, wenn ein vorläufig eingestelltes Verfahren wieder aufgenommen wird.

7.2 Besondere Bestimmungen

Wirtschaftsstrafsachen werden von diesem Turnussystem nicht erfasst, wenn es sich um Neueingänge handelt.

Schwurgerichtsverfahren, für die die 10. Strafkammer zuständig ist, sowie die zur Sonderzuständigkeit der 3. Strafkammer und 4. Strafkammer gehörenden Jugendschwurgerichts-, Jugendschutz- und Berufungssachen werden im Turnussystem zur Gewährleistung gleichmäßiger Belastungen aller Kammern als Sonderzuweisung bei diesen Kammern erfasst.

In die Turnuskreise 1 und 2 fallen auch erstinstanzliche Verfahren, die von einem anderen Gericht (insbesondere gemäß §§ 12 Abs. 2, 209, 270 StPO) an eine Strafkammer des Landgerichts Bielefeld verwiesen oder gem. § 209 Abs. 2 StPO zur Entscheidung vorgelegt worden sind. Dies gilt nicht, wenn die Verweisung gemäß § 270 StPO erfolgt ist und dasselbe Verfahren zuvor durch eine Strafkammer des Landgerichts Bielefeld gemäß § 209 StPO vor dem Amtsgericht eröffnet worden war; in einem solchen Fall bleibt die frühere Strafkammer ohne erneute Zuteilung zuständig. Ferner fallen in die Turnuskreise 1 und 2 auch die erstinstanzlichen Verfahren, die von einer Wirtschaftsstrafkammer oder großen Strafkammer (Schwurgericht) gemäß § 209 a StPO vor einer allgemeinen Strafkammer eröffnet werden. In einem solchen

Fall bleibt die eröffnende Strafkammer nunmehr als allgemeine Strafkammer unter Anrechnung auf den jeweiligen Turnus zuständig.

Bei Eingang einer Schwurgerichtssache oder einer Jugendschwurgerichtssache wird jeweils ein weiteres Feld mit einem Freikreuz versehen und dadurch für die weitere Zuteilung blockiert.

Diese Regelung gilt nicht für Wiederaufnahmeverfahren.

Die bei der 3. Strafkammer und 4. Strafkammer als große Jugendkammer eingehenden Berufungsverfahren werden so gewertet, dass drei Berufungsverfahren als ein erstinstanzliches Verfahren gezählt werden.

Eine vom Revisionsgericht gemäß § 354 Abs. 2 StPO aufgehobene und zurückverwiesene Sache des Landgerichts Bielefeld gilt immer als Neuzugang, der bei der laufenden Zuteilung als solcher vorab bei der nunmehr zuständigen Kammer zu berücksichtigen ist.

Als erstinstanzliche Verfahren im Sinne dieser Regelung gelten auch Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens gegen ein Urteil einer großen Strafkammer und solche Verfahren, die nach Aufhebung des Urteils eines auswärtigen Gerichts durch das Revisionsgericht gemäß § 354 Abs. 2 StPO an eine Strafkammer des Landgerichts Bielefeld verwiesen wurden.

Verfahren, die gemäß § 275 a StPO i.V.m. § 66 b StGB, § 106 V und VI JGG einen Antrag auf nachträgliche Anordnung der Sicherungsverwahrung beinhalten, sind im Wege der Sonderzuweisung bei der Strafkammer, die als Tatgericht entschieden hat, als Neueingang im Turnus 1 (Haftturnus) zu erfassen.

Gehen an einem Tag gegen einen Beschuldigten mehrere Anklagen ein, für die ein Vorrang nicht bestimmt ist, gelten sie als eine Anklage. Nachtragsanklagen gemäß § 266 StPO werden nicht gesondert gezählt.

Zum Ausgleich der unterschiedlichen Besetzungstärke und etwaiger von diesem rollierenden System nicht erfasster anderer Zuständigkeiten der Kammermitglieder

erhalten im Turnuskreis 1 (Haftsachen) in jedem Turnus

- bestehend aus jeweils 20 Turnuszeilen -

die 1. Strafkammer in der 1., 3., 4., 5., 6., 8., 9., 10., 11., 13., 14., 15., 16., 18., 19. und 20. Reihe Freikreuze;

die 2. Strafkammer in der 1., 3., 4., 5., 7., 8., 11., 12., 14., 15., 18. und 19. Reihe Freikreuze;

die 3. Strafkammer in der 1., 2., 4., 7., 9., 10., 12., 14., 15., 17. und 19. Reihe Freikreuze;

die 4. Strafkammer in der 1., 3., 4., 5., 7., 8., 10., 11., 13., 15., 16., 18., 19. und 20. Reihe Freikreuze;

die 9. Strafkammer in der 2., 3., 5., 6., 7., 8., 9., 11., 12., 13., 14., 16., 17., 18., 19. und 20. Reihe Freikreuze;

die 10. Strafkammer in der 1., 2., 4., 6., 7., 10., 13., 15., 16., 18., und 20. Reihe Freikreuze.

Im Turnuskreis 2 (übrige Sachen) - bestehend aus jeweils 20 Turnuszeilen - erhalten

die 1. Strafkammer in der 2., 3., 4., 5., 7., 8., 9., 10., 12., 13., 14., 15., 17., 18., 19. und 20. Reihe Freikreuze;

die 2. Strafkammer in der 2., 3., 4., 6., 7., 10., 11., 13., 14., 17., 18. und 20. Reihe Freikreuze;

die 3. Strafkammer in der 1., 3., 6., 8., 9., 11., 13., 14., 16., 17. und 19. Reihe Freikreuze;

die 4. Strafkammer in der 1., 3., 4., 5., 7., 9., 10., 12., 13., 15., 17., 18., 19. und 20. Reihe Freikreuze;

die 9. Strafkammer in der 1., 2., 3., 4., 6., 7., 8., 10., 11., 12., 14., 15., 16., 17., 18. und 19. Reihe Freikreuze;

die 10. Strafkammer in der 1., 2., 5., 6., 8., 10., 13., 14., 16., 18. und 20. Reihe Freikreuze.

Die Zuteilung erfolgt nach dem aus der Anlage ersichtlichen Verteilungsschema für die Turnuskreise 1 und 2 jeweils gesondert. Nach der Reihenfolge des Eingangs werden die Verfahren in jeder Zeile, beginnend mit der ersten Reihe jeweils von links nach rechts der jeweils nächsten freien Kammer zugeteilt, soweit es sich nicht um Jugend-, Jugendschwurgerichts-, Jugendschutz- oder Berufungssachen aus der Sonderzuständigkeit der 3. Strafkammer und 4. Strafkammer bzw. um Schwurgerichtssachen aus der Sonderzuständigkeit der 10. Strafkammer handelt.

Die 3. Strafkammer und die 4. Strafkammer werden bei der Zuteilung von Erwachsenensachen jeweils dann bei der Verteilung mit der nächsten Sache berücksichtigt, wenn bei Ankunft des Turnuskreises in der jeweiligen Tabellenspalte ein freies Feld vorhanden ist.

Der Turnus beginnt unabhängig vom Stand der Eingänge am **01.01.2010** erneut.

Mit Rücksicht auf die hohe Belastung der 2. Strafkammer werden die ersten 16 eingehenden, im Turnuskreis 1 (Haftsachen) bei der 2. Strafkammer einzutragenden Verfahren nach einem rollierenden System auf die 1., 3., 4. und 9. Strafkammer verteilt, wobei die 1. und die 3. Strafkammer insgesamt jeweils 4, die 4. Strafkammer insgesamt 3 und die 9. Strafkammer insgesamt 5 Verfahren übernehmen.

Wenn die 20. Reihe erschöpft ist, beginnt der Turnus jeweils in gleicher Weise von neuem.

Die Schwurgerichtssachen betreffend Erwachsene werden unabhängig vom Stand des Turnuskreises der 10. Strafkammer im nächst bereiten Feld zugewiesen.

Die Verteilung der erstinstanzlichen Jugend-, Jugendschwurgerichts- und Jugendschutzsachen (§ 26 Abs. 2 GVG) sowie der Berufungssachen aus der Zuständigkeit der großen Jugendkammern erfolgt nach folgendem Schema:

Die Jugend-, Jugendschwurgerichts- und Jugendschutzsachen sowie die Berufungssachen aus der Zuständigkeit der großen Jugendkammern werden – getrennt nach der vorgenannten Sachgebietsunterteilung – jeweils nach der Reihenfolge ihres Einganges nach einem rollierenden System auf die 3. und 4. Strafkammer verteilt und zu diesem Zweck in der Eingangsstelle mit fortlaufenden Ziffern in gesonderten Eingangslisten (nach den anliegenden Mustern) erfasst, und zwar ohne Unterscheidung

als Haft- oder Nichtthaftsachen. Bei mehreren gleichzeitig eingehenden Sachen erfolgt die Zuteilung in der aufsteigenden Reihenfolge des Aktenzeichens entsprechend der Regelung zu 7.1.; die an einem Tag eingegangenen Verfahren gelten als gleichzeitig eingegangen.

Handelt es sich bei einem Verfahren zugleich um eine allgemeine Jugendsache und eine Jugendschutzsache im Sinne von § 26 Abs. 2 GVG, wird es als Jugendschutzsache eingetragen.

Die Jugend-, Jugendschwurgerichts- und Jugendschutzsachen (§ 26 Abs. 2 GVG) sowie die Berufungssachen aus der Zuständigkeit der großen Jugendkammern werden unabhängig vom Stand des Turnuskreises abwechselnd im Verhältnis 3 : 2 jeweils in die nächst freien Felder des jeweiligen Turnuskreises der 3. Strafkammer und 4. Strafkammer eingetragen, beginnend mit der 3. Strafkammer, und zwar in der Weise, dass der 3. Strafkammer jeweils die Endziffern 1., 3., 5., 6., 8. und 0. und der 4. Strafkammer die Endziffern 2., 4., 7. und 9. der gesonderten Eingangsliste zugewiesen werden.

Allgemeine Jugendsachen			Jugendschwurgerichtssachen	
3. StrK	4. StrK		3. StrK	4. StrK
1	2		1	2
3	4		3	4
5	X		5	X
6	7		6	7
8	9		8	9
10	X		10	X
11	12		11	12
13	14		13	14
15	X		15	X
usw.	usw.		usw.	usw.

Jugendschutzsachen			Berufungssachen	
3. StrK	4. StrK		3. StrK	4. StrK
1	2		1	2
3	4		3	4
5	X		5	X
6	7		6	7
8	9		8	9
10	X		10	X
11	12		11	12
13	14		13	14
15	X		15	X
usw.	usw.		usw.	usw.

Von der vorgenannten Regelung sind ausgenommen die gemäß § 354 Abs. 2 StPO an eine jeweils andere Strafkammer zurückverwiesenen sowie die mit einem bei der jeweiligen Kammer bereits anhängigen Verfahren nach dem bereits bei Eingang der Sache gestellten Antrag der Staatsanwaltschaft zu verbindenden Sachen, die unabhängig vom jeweiligen Stand des Turnuskreises ohne Berücksichtigung in der Eingangsliste jeweils der nach der allgemeinen Geschäftsverteilung nunmehr zuständigen Kammer zuzuweisen sind.

7.3 Wirtschaftsstrafsachen

Die eingehenden Strafsachen im Sinne des § 74 c Abs. 1 GVG werden nach der Reihenfolge ihres Eingangs bei der zentralen Eingangsstelle nach einem rollierenden System alternierend auf die 1. und 9. Strafkammer verteilt, beginnend mit der 1. Strafkammer.

Dies gilt entsprechend für alle anderen Eingänge in Wirtschaftsstrafsachen, insbesondere für die Beschluss- und Beschwerdezuständigkeit nach § 74 c Abs. 2 in Verbindung mit § 73 GVG. Diese werden gesondert gezählt. Der Eingang einer Anklage

oder Beschluss- und Beschwerdesache begründet die Zuständigkeit der entscheidenden Kammer für alle weiteren Sachen dieser Art aus demselben Ermittlungskomplex einschließlich der Anträge auf gerichtliche Entscheidung und der späteren Anklagen wegen derselben Tat und werden bei dieser Kammer entsprechend angerechnet.

Die hiernach in die Zuständigkeit der Wirtschaftsstrafkammern fallenden Sachen werden nach der Reihenfolge ihres Eingangs bei der zentralen Eingangsstelle mit fortlaufenden Ziffern versehen. Bei mehreren gleichzeitig eingehenden Sachen erfolgt die Zuteilung in der aufsteigenden Reihenfolge des Aktenzeichens entsprechend der Regelung unter 7.1. Die an einem Tag eingegangenen Verfahren gelten als gleichzeitig eingegangen.

Dem/der mit den Aufgaben der zentralen Eingangsstelle betrauten Geschäftsstellenbeamten ist es entsprechend der Regelung unter 7.1 untersagt, außer dem Präsidenten des Landgerichts, seinem Vertreter oder dem mit der Geschäftsverteilung befassen richterlichen Dezernenten oder dessen Vertreter Auskünfte über den aktuellen Stand der Zuteilung in Wirtschaftsstrafsachen zu geben.

Verteilungsschema für den Turnuskreis 1

Kammer	1.	2.	3.	4.	9.	10.
Anzahl der Sachen	4	8	9	6	4	9
Reihe 1	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx		xxxxxxx
2			xxxxxxx		xxxxxxx	xxxxxxx
3	xxxxxxx	xxxxxxx		xxxxxxx	xxxxxxx	
4	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx		xxxxxxx
5	xxxxxxx	xxxxxxx		xxxxxxx	xxxxxxx	
6	xxxxxxx				xxxxxxx	xxxxxxx
7		xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx
8	xxxxxxx	xxxxxxx		xxxxxxx	xxxxxxx	
9	xxxxxxx		xxxxxxx		xxxxxxx	
10	xxxxxxx		xxxxxxx	xxxxxxx		xxxxxxx
11	xxxxxxx	xxxxxxx		xxxxxxx	xxxxxxx	
12		xxxxxxx	xxxxxxx		xxxxxxx	
13	xxxxxxx			xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx
14	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx		xxxxxxx	
15	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx		xxxxxxx
16	xxxxxxx			xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx
17			xxxxxxx		xxxxxxx	
18	xxxxxxx	xxxxxxx		xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx
19	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx	
20	xxxxxxx			xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx

Verteilungsschema für den Turnuskreis 2

Kammer	1.	2.	3.	4.	9.	10.
Anzahl der Sachen	4	8	9	6	4	9
Reihe 1			xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx
2	xxxxxxx	xxxxxxx			xxxxxxx	xxxxxxx
3	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx	
4	xxxxxxx	xxxxxxx		xxxxxxx	xxxxxxx	
5	xxxxxxx			xxxxxxx		xxxxxxx
6		xxxxxxx	xxxxxxx		xxxxxxx	xxxxxxx
7	xxxxxxx	xxxxxxx		xxxxxxx	xxxxxxx	
8	xxxxxxx		xxxxxxx		xxxxxxx	xxxxxxx
9	xxxxxxx		xxxxxxx	xxxxxxx		
10	xxxxxxx	xxxxxxx		xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx
11		xxxxxxx	xxxxxxx		xxxxxxx	
12	xxxxxxx			xxxxxxx	xxxxxxx	
13	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx		xxxxxxx
14	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx		xxxxxxx	xxxxxxx
15	xxxxxxx			xxxxxxx	xxxxxxx	
16			xxxxxxx		xxxxxxx	xxxxxxx
17	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx	
18	xxxxxxx	xxxxxxx		xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx
19	xxxxxxx		xxxxxxx	xxxxxxx	xxxxxxx	
20	xxxxxxx	xxxxxxx		xxxxxxx		xxxxxxx

8. Zurückverweisungen

Strafsachen aus der Zuständigkeit der großen Strafkammern, die gemäß § 354 Abs. 2 StPO an eine nicht benannte Strafkammer des Landgerichts zurückverwiesen werden, bearbeiten – unbeschadet der bereits bei den einzelnen Strafkammern im Geschäftsverteilungsplan vorhandenen Regelung - unter Anrechnung auf den jeweiligen

Turnus in den Fällen mehrfacher Zurückverweisung die mit dem aufgehobenen Urteil bislang nicht befassten großen Strafkammern in der Reihenfolge ihrer ziffernmäßigen Benennung. Außer bei der 10. Strafkammer werden die Zurückverweisungen bei der dann für die erneute Verhandlung zuständigen Kammer auf das nächste freie Feld des entsprechenden Turnuskreises eingetragen, dieses Feld ist dann für die weitere Zuteilung gesperrt.

Fällt die Strafsache in die Zuständigkeit der Jugend- bzw. Jugendschutzkammer wird die Kammer als Jugend- bzw. Jugendschutzkammer tätig; fällt die Strafsache in die Zuständigkeit einer Schwurgerichtskammer, so wird die Kammer als Schwurgerichtskammer tätig; fällt die Strafsache in die Zuständigkeit einer Wirtschaftsstrafkammer, wird die Kammer als Wirtschaftsstrafkammer tätig.

IV. hinsichtlich der kleinen Strafkammern:

1. Allgemeine Bestimmungen

Die bei dem Landgericht Bielefeld ab dem **01.01.2010** neu eingehenden Berufungen gegen Urteile des Strafrichters und des Schöffengerichts oder erweiterten Schöffengerichts werden, soweit nicht die Zuständigkeit der kleinen Jugendstrafkammer gegeben ist, jeweils gemäß den nachfolgenden Bestimmungen nach einem rotierenden System auf die 5., 6., 7., 11. und 14. kleine Strafkammer verteilt. Dabei werden drei verschiedene Turnuskreise gebildet.

Turnus 3 (Berufungen gegen Urteile in Verkehrsstrafsachen des Richters beim Amtsgericht als Strafrichter):

Verkehrsstrafsachen sind nur solche Sachen, bei denen das Verkehrsdelikt der Hauptpunkt des jeweiligen landgerichtlichen Verfahrens ist. Verkehrsdelikte sind alle Straftaten, die auf einem Verstoß gegen straßenverkehrsrechtliche Vorschriften beruhen oder die in einem sonstigen unmittelbaren Zusammenhang mit einem Geschehen des Straßenverkehrs stehen.

Turnus 4 (Berufungen gegen sonstige Urteile des Richters beim Amtsgerichts als Strafrichter),

Turnus 5 (Berufungen gegen Urteile des Schöffengerichts oder erweiterten Schöffengerichts).

Die Zuständigkeit für Wiederaufnahmeverfahren folgt der allgemeinen Regelung.

Die Zuteilung der Sachen innerhalb des jeweils einschlägigen Turnuskreises erfolgt in der Reihenfolge ihres Eingangs nacheinander. Die am Turnus teilnehmenden Kammern bleiben in der entsprechenden Turnuszeile unberücksichtigt, soweit dort bereits eine Sache aufgrund Sonderzuständigkeit oder Zurückverweisung oder aber ein Freikreuz gemäß nachstehenden besonderen Regeln eingetragen ist. Am folgenden Tag ist jeweils im begonnenen Turnus fortzufahren.

Die mit dem Eingang einer Sache (auch nach Rückkehr aus der Revisionsinstanz) einmal begründete Zuständigkeit bleibt grundsätzlich für die Gesamtdauer des Verfahrens bestehen. Für Entscheidungen, die nach dem rechtskräftigen Abschluss des

Verfahrens zu treffen sind, ist ohne Anrechnung auf den jeweiligen Turnus diejenige Kammer zuständig, die in der Hauptsache entschieden hat.

Abtrennungen aus einem bereits anhängigen Verfahren und die Verbindung mehrerer bei einer Kammer anhängiger Verfahren gelten nicht als Neueingang und bleiben bei der Turnuszuteilung unberücksichtigt.

Wird bei einer Strafkammer ein anderes, bereits bei einer anderen Strafkammer anhängiges Verfahren mit einem bei dieser Kammer eingehenden oder bereits anhängigen Verfahren verbunden, gilt das verbundene Verfahren bei dieser Kammer als Neueingang unter Anrechnung auf den Turnus. Verbundene oder übernommene Verfahren gelten in dem Zeitpunkt als eingegangen, in welchem der Verbindungs- oder Übernahmebeschluss der Geschäftsstelle zugeht.

Gehen mehrere in denselben Turnuskreis fallende Sachen gleichzeitig bei dem Landgericht ein, so erfolgt die Zuteilung zunächst nach einer etwaigen Sonderzuständigkeit (etwa Wirtschaftsstrafsache oder Umweltstrafsache).

Danach werden die an das Landgericht zurückverwiesenen Sachen der dann jeweils neu zuständigen Kammer zugeteilt. Strafsachen aus der Zuständigkeit der kleinen Strafkammern, die gemäß § 354 Abs. 2 StPO an eine nicht benannte Strafkammer des Landgerichts zurückverwiesen werden, bearbeiten, unbeschadet der bereits bei den einzelnen Strafkammern vorgesehenen Regelung, in den Fällen mehrfacher Zurückweisung die mit dem aufgehobenen Urteil bislang nicht befassten kleinen Strafkammern in der Reihenfolge der geschäftsplanmäßigen Vertretung.

Schließlich erfolgt die Zuteilung der dann noch verbleibenden Sachen in der aufsteigenden Reihenfolge des Aktenzeichens der Staatsanwaltschaft zum Zeitpunkt des Eingangs des Verfahrens, beginnend mit dem niedrigsten Aktenzeichen (ohne Berücksichtigung der Referatskennzahl der Staatsanwaltschaft). Die an einem Tag eingegangenen Verfahren gelten als gleichzeitig eingegangen.

Durch eine irrtümlich erfolgte Falschzuteilung wird die Zuteilung der danach zugeteilten Sachen nicht berührt. Eine Kammer, die Termin zur Berufungsverhandlung anberaumt hat, bleibt mit dem jeweiligen Verfahren auch dann befasst, wenn sich ihre Unzuständigkeit nachträglich ergibt, es sei denn, es handelt sich um die gesetzliche Zuständigkeit einer anderen Kammer oder eines anderen Gerichts.

2. Besondere Bestimmungen

Wirtschaftsstrafsachen und Umweltstrafsachen werden als Sonderzuweisungen bei der 14. und 11. Strafkammer erfasst. Dies gilt entsprechend für die zurückverwiesenen Sachen bei der 5. Strafkammer (Wirtschaftsstrafsachen) und der 6. Strafkammer (Umweltstrafsachen) oder im Falle der mehrfachen Zurückverweisung bei der nach den allgemeinen Bestimmungen gemäß A.IV.1 des Geschäftsverteilungsplans zuständigen Strafkammer.

Umweltstrafsachen sind die in § 12 Abs. 1 der Zuständigkeitsverordnung Amtsgerichte Strafsachen vom 04.03.2008 (GVBl. 2008, S. 349) genannten Strafsachen.

Wirtschaftsstrafsachen gegen Urteile der Amtsgerichte – auch gegen Urteile des Strafrichters in Strafsachen nach dem Katalog des § 74 c I Nr. 1-6 GVG werden bei der 14. Strafkammer (kleine Wirtschaftsstrafkammer) und bei Zurückverweisungen nach § 354 Abs. 2 StPO an eine nicht benannte Strafkammer des Landgerichts bei der 5. Strafkammer (kleine Wirtschaftsstrafkammer) oder bei mehrfacher Zurückverweisung bei der nach den allgemeinen Bestimmungen gemäß A.IV.1 des Geschäftsverteilungsplans zuständigen Strafkammer unabhängig vom Stand des jeweiligen Turnuskreises in das nächste freie Feld eingetragen. Bei Eingang einer Wirtschaftsstrafsache wird jeweils ein weiteres Feld mit einem Freikreuz versehen und dadurch durch die weitere Zuteilung blockiert. Dies gilt ebenso bei Eingang einer Umweltstrafsache bei der 11. und 6. oder der im Falle mehrfacher Zurückverweisung nach den allgemeinen Bestimmungen gemäß A.IV.1 des Geschäftsverteilungsplans zuständigen Strafkammer. Diese Regelung gilt nicht für Wiederaufnahmeverfahren.

Zum Ausgleich der unterschiedlichen Besetzungstärke und etwaiger von den Turnuskreisen nicht erfasster anderer Zuständigkeiten der Kammermitglieder erhalten in den **Turnuskreisen 3, 4 und 5 in jedem Turnus** – bestehend aus jeweils 20 Turnuszeilen –

die 5. Strafkammer in der 2., 4., 6., 8., 10., 12., 14., 16., 18. und 20. Reihe Freikreuze;

die 7. Strafkammer in der 1., 3., 5., 7., 9., 11., 13., 15., 17. und 19. Reihe Freikreuze;

die 11. Strafkammer in der 3., 9., 15. und 18. Reihe Freikreuze;

die 14. Strafkammer in der 2., 4., 6., 8., 10., 12., 14., 16., 18. und 20. Reihe Freikreuzen

Die 6. Strafkammer nimmt an allen Turnuskreisen ohne Freikreuzen teil.

Verteilungsschema für die Turnuskreise 3, 4 und 5

Kammer	5.	6.	7.	11.	14.
Anzahl der Sachen	10	20	10	16	10
Reihe 1			XXXXXXXX		
2	XXXXXXXX				XXXXXXXX
3			XXXXXXXX	XXXXXXXX	
4	XXXXXXXX				XXXXXXXX
5			XXXXXXXX		
6	XXXXXXXX				XXXXXXXX
7			XXXXXXXX		
8	XXXXXXXX				XXXXXXXX
9			XXXXXXXX	XXXXXXXX	
10	XXXXXXXX				XXXXXXXX
11			XXXXXXXX		
12	XXXXXXXX				XXXXXXXX
13			XXXXXXXX		
14	XXXXXXXX				XXXXXXXX
15			XXXXXXXX	XXXXXXXX	
16	XXXXXXXX				XXXXXXXX
17			XXXXXXXX		
18	XXXXXXXX			XXXXXXXX	XXXXXXXX
19			XXXXXXXX		
20	XXXXXXXX				XXXXXXXX

V. hinsichtlich der Strafvollstreckungskammern:

Alle zu Beginn oder im Laufe des Geschäftsjahres eintretenden Zuständigkeitsänderungen gelten auch für den jeweiligen Bestand der Kammer.

B. Geschäftsverteilungsplan

Es bearbeiten

I. Zivilsachen

die 1. Zivilkammer

a)

Rechtsstreitigkeiten im ersten Rechtszug aus dem Amtsgerichtsbezirk Bielefeld mit den Anfangsbuchstaben **B, C, D** und **V** des Beklagtennamens, aus dem Amtsgerichtsbezirk Halle mit den Anfangsbuchstaben **A bis G** und **Q bis Z** des Beklagtennamens und aus dem Amtsgerichtsbezirk Lübbecke mit den Anfangsbuchstaben **A bis K** des Beklagtennamens, jeweils soweit nicht Spezialzuständigkeiten nach Sachgebieten bestehen;

b)

die aus dem Zuständigkeitsbereich der zum 29.02.2008 aufgelösten 25. Zivilkammer wieder aufgenommenen und zurückverwiesenen allgemeinen Zivilsachen.

die 2. Zivilkammer

a)

Verkehrsrechtsstreitigkeiten im ersten Rechtszug aus den Amtsgerichtsbezirken Bielefeld und Bad Oeynhausen;

b)

andere Rechtsstreitigkeiten im ersten Rechtszug aus dem Amtsgerichtsbezirk Bielefeld mit den Anfangsbuchstaben **E, H, I, J, L, N, O, Q, R, T, U, W, X, Y** und **Z** des Beklagtennamens und aus dem Amtsgerichtsbezirk Gütersloh mit den Anfangsbuchstaben **O, P, Y** und **Z** des Beklagtennamens, jeweils soweit nicht Spezialzuständigkeiten nach Sachgebieten bestehen.

die 3. Zivilkammer:

a)

Baurechtsstreitigkeiten im ersten Rechtszug aus dem Amtsgerichtsbezirken Bielefeld mit den Anfangsbuchstaben **H bis S** des Beklagtennamens sowie aus den Amtsgerichtsbezirken Halle und Rahden;

b)

andere Rechtsstreitigkeiten im ersten Rechtszug aus dem Amtsgerichtsbezirk Bielefeld mit den Anfangsbuchstaben **M** und **S** des Beklagtennamens und aus dem Amtsgerichtsbezirk Gütersloh mit den Anfangsbuchstaben **Q bis X** des Beklagtennamens, jeweils soweit nicht Spezialzuständigkeiten nach Sachgebieten bestehen.

die 4. Zivilkammer

a)

die zur erstinstanzlichen Zuständigkeit der Landgerichte gehörenden Urheberrechtsstreitigkeiten nach dem Urheberrechtsgesetz vom 9. September 1965 (BGBl. I S. 1273);

b)

sämtliche Medizinschadenssachen gemäß A.II.12 des Geschäftsverteilungsplans;

c)

sämtliche Honorarklagen der Angehörigen der heilbehandelnden Berufe der Humanmedizin und der Krankenhausträger;

d)

die nach dem Olympiaschutzgesetz eingehenden Verfahren, soweit nicht die Zuständigkeit der Kammern für Handelssachen gegeben ist;

e)

andere Rechtsstreitigkeiten im ersten Rechtszug aus dem Amtsgerichtsbezirk Bielefeld mit den Anfangsbuchstaben **K** und **P** des Beklagtennamens, aus dem Amtsgerichtsbezirk Halle mit den Anfangsbuchstaben **H bis J** des Beklagtennamens und aus dem Amtsgerichtsbezirk Rahden, jeweils soweit nicht Spezialzuständigkeiten nach Sachgebieten bestehen.

die 5. Zivilkammer

a)

Baurechtsstreitigkeiten im ersten Rechtszug aus den Amtsgerichtsbezirken Bünde, Lübbecke und Minden;

b)

andere Rechtsstreitigkeiten im ersten Rechtszug aus dem Amtsgerichtsbezirk Bünde, aus dem Amtsgerichtsbezirk Herford mit den Anfangsbuchstaben **A** und **B** des Beklagtennamens sowie aus dem Amtsgerichtsbezirk Bielefeld mit dem Anfangsbuchstaben **A** des Beklagtennamens, jeweils soweit nicht Spezialzuständigkeiten nach Sachgebieten bestehen;

c)

die aus dem Zuständigkeitsbereich der zum 31.12.2006 aufgelösten 1.Hilfs-Zivilkammer wieder aufgenommenen und zurückverwiesenen Sachen.

die 6. Zivilkammer

a)

Verkehrsrechtsstreitigkeiten im ersten Rechtszug aus den Amtsgerichtsbezirken Gütersloh, Halle/Westf., Herford und Rheda-Wiedenbrück;

b)

andere Rechtsstreitigkeiten im ersten Rechtszug aus dem Amtsgerichtsbezirk Gütersloh mit den Anfangsbuchstaben **A bis N** des Beklagtennamens, aus dem Amtsgerichtsbezirk Herford mit den Anfangsbuchstaben **C bis Z** des Beklagtennamens und aus dem Amtsgerichtsbezirk Lübbecke mit den Anfangsbuchstaben **L bis Z** des Beklagtennamens, jeweils soweit nicht Spezialzuständigkeiten nach Sachgebieten bestehen;

die 7. Zivilkammer

a)

Baurechtsstreitigkeiten im ersten Rechtszug aus dem Amtsgerichtsbezirk Bielefeld mit den Anfangsbuchstaben **A bis G** und **T bis Z** des Beklagtennamens und aus dem Amtsgerichtsbezirk Bad Oeynhausen;

b)

andere Rechtsstreitigkeiten im ersten Rechtszug aus dem Amtsgerichtsbezirk Bad Oeynhausen, soweit nicht Spezialzuständigkeiten nach Sachgebieten bestehen.

die 8. Zivilkammer

a)

Verkehrsrechtsstreitigkeiten im ersten Rechtszug aus den Amtsgerichtsbezirken Bünde, Lübbecke, Minden und Rahden;

b)

andere Rechtsstreitigkeiten im ersten Rechtszug aus dem Amtsgerichtsbezirk Halle mit den Anfangsbuchstaben **K bis P** des Beklagtennamens und aus dem Amtsgerichtsbezirk Minden, jeweils soweit nicht Spezialzuständigkeiten nach Sachgebieten bestehen.

die 9. Zivilkammer

a)

Baurechtsstreitigkeiten im ersten Rechtszug aus den Amtsgerichtsbezirken Gütersloh, Herford und Rheda-Wiedenbrück;

b)

andere Rechtsstreitigkeiten im ersten Rechtszug aus dem Amtsgerichtsbezirk Rheda-Wiedenbrück, jeweils soweit nicht Spezialzuständigkeiten nach Sachgebieten bestehen;

c)

die Vollstreckbarerklärung ausländischer Titel sowie alle Angelegenheiten, die zur Zuständigkeit der Zivilkammern des ersten Rechtszuges gehören und keine andere Verteilung gefunden haben;

die 10. Zivilkammer (1. Kammer für Handelssachen)

a)

die Handelssachen im ersten Rechtszug mit den Anfangsbuchstaben **B**, **C** und **J** des Beklagtennamens, soweit nicht Spezialzuständigkeiten nach Sachgebieten bestehen;

b)

sämtliche Streitigkeiten nach § 95 Ziffer 4 c und 5 GVG sowie diejenigen Handelssachen des ersten Rechtszuges, die strafbewehrte Unterlassungserklärungen zur Vermeidung der Wiederholungsgefahr bei Wettbewerbsverstößen betreffen, mit den Anfangsbuchstaben **B**, **H** und **Q** des Beklagtennamens;

c)

die aus dem Zuständigkeitsbereich der zum 31.12.2007 aufgelösten 11. und 14. Zivilkammer (2. und 5a. Kammer für Handelssachen) wieder aufgenommenen und zurückverwiesenen Verfahren.

die 12. Zivilkammer (3. Kammer für Handelssachen)

a)

die Handelssachen des ersten Rechtszuges mit den Anfangsbuchstaben **A, H, M** und **Z** des Beklagtennamens, soweit nicht Spezialzuständigkeiten nach Sachgebieten bestehen;

b)

sämtliche Streitigkeiten nach § 95 Ziffer 4 c und 5 GVG sowie diejenigen Handelssachen des ersten Rechtszuges, die strafbewehrte Unterlassungserklärungen zur Vermeidung der Wiederholungsgefahr bei Wettbewerbsverstößen betreffen, mit den Anfangsbuchstaben **E, I, J** und **K** des Beklagtennamens;

c)

die aus dem Zuständigkeitsbereich der zum 31.12.2007 aufgelösten 13. Zivilkammer (4. Kammer für Handelssachen) wieder aufgenommenen und zurückverwiesenen Verfahren.

die 15. Zivilkammer (6. Kammer für Handelssachen)

a)

die Handelssachen des ersten Rechtszuges mit den Anfangsbuchstaben **D, F, G, Q, V** und **W** des Beklagtennamens, soweit nicht Spezialzuständigkeiten nach Sachgebieten bestehen;

b)

sämtliche Streitigkeiten nach § 95 Ziffer 4 c und 5 GVG sowie diejenigen Handelssachen des ersten Rechtszuges, die strafbewehrte Unterlassungserklärungen zur Vermeidung der Wiederholungsgefahr bei Wettbewerbsverstößen betreffen, mit den Anfangsbuchstaben **A, D, G** und **W** des Beklagtennamens.

die 16. Zivilkammer (7. Kammer für Handelssachen)

a)

die Handelssachen des ersten Rechtszuges mit den Anfangsbuchstaben **I, K, L, N, O, P, T, U, X** und **Y** des Beklagtennamens, soweit nicht Spezialzuständigkeiten nach Sachgebieten bestehen;

b)

sämtliche Streitigkeiten nach § 95 Ziffer 4 c und 5 GVG sowie diejenigen Handelssachen des ersten Rechtszuges, die strafbewehrte Unterlassungserklärungen zur Vermeidung der Wiederholungsgefahr bei Wettbewerbsverstößen betreffen, mit den Anfangsbuchstaben **F, N, O, P, T, U, V** und **Z** des Beklagtennamens.

die 17. Zivilkammer (8. Kammer für Handelssachen)

a)

die Handelssachen des ersten Rechtszuges mit den Anfangsbuchstaben **E, R** und **S** des Beklagtennamens, soweit nicht Spezialzuständigkeiten nach Sachgebieten bestehen;

b)

sämtliche Streitigkeiten nach § 95 Ziffer 4 c und 5 GVG sowie diejenigen Handelssachen des ersten Rechtszuges, die strafbewehrte Unterlassungserklärungen zur Vermeidung der Wiederholungsgefahr bei Wettbewerbsverstößen betreffen, mit den Anfangsbuchstaben **C, L, M, R, S, X** und **Y** des Beklagtennamens.

die 18. Zivilkammer:

a)

Rechtsstreitigkeiten im ersten Rechtszug aus dem Amtsgerichtsbezirk Bielefeld mit dem Anfangsbuchstaben **G** des Beklagtennamens, soweit nicht Spezialzuständigkeiten nach Sachgebieten bestehen;

b)

die aus dem Zuständigkeitsbereich der zum 31.12.2006 aufgelösten 18. Hilfs-Zivilkammer wieder aufgenommenen und zurückverwiesenen Verfahren.

Rechtsstreitigkeiten im ersten Rechtszug aus dem Amtsgerichtsbezirk Bielefeld mit dem Anfangsbuchstaben F des Beklagtennamens werden – soweit nicht Spezialzuständigkeiten nach Sachgebieten bestehen – nach der Reihenfolge ihres Eingangs nach einem rollierenden System auf die 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8. und 9. Zivilkammer verteilt. Bei mehreren gleichzeitig eingehenden Sachen erfolgt die Zuteilung in der alphabetischen Reihenfolge nach dem zweiten oder – bei Gleichheit der Buchstaben – den nachfolgenden Buchstaben des maßgeblichen Beklagtennamens. Die Zuteilung erfolgt über die Geschäftsstelle der 18. Zivilkammer.

die 20. Zivilkammer

a)

Berufungen aus den Amtsgerichtsbezirken Bünde, Halle/Westf., Herford und Rahden, soweit nicht die Zuständigkeit der 22. Zivilkammer gegeben ist;

b)

die zur zweitinstanzlichen Zuständigkeit der Landgerichte gehörenden Urheberrechtsstreitigkeiten nach dem Urheberrechtsgesetz vom 09.09.1965 (BGBl. I S.1273);

c)

Beschwerden in Sachen der streitigen Gerichtsbarkeit (C-, H-Sachen), soweit die Kammer für das Rechtsmittel in der Hauptsache zuständig ist oder wäre und soweit keine Spezialzuständigkeit der 21., 22. oder 23. Zivilkammer gegeben ist;

die 21. Zivilkammer

a)

Berufungen aus dem Amtsgerichtsbezirk Bielefeld, bei denen der Name des Beklagten in erster Instanz mit den Buchstaben **E, F, G, H, I, J, K, L, P, Q, R, U, W bis Z** beginnt, und aus den Amtsgerichtsbezirken Bad Oeynhausen, Lübbecke und Rheda-Wiedenbrück, soweit nicht die Zuständigkeit der 20. oder 22. Zivilkammer gegeben ist;

b)

Beschwerden in Sachen der streitigen Gerichtsbarkeit (C-, H-Sachen), soweit die Kammer für das Rechtsmittel in der Hauptsache zuständig ist oder wäre und soweit keine Spezialzuständigkeit der 20., 22. oder 23. Zivilkammer gegeben ist;

die 22. Zivilkammer

a)

Berufungen in Rechtsstreitigkeiten aus Miet- und Pachtverhältnissen über unbewegliche Sachen und in Räumungssachen nach §§ 812, 861, 985 BGB, soweit unbewegliche Sachen betroffen sind;

b)

sonstige Berufungen aus dem Amtsgerichtsbezirk Bielefeld, bei denen der Name des Beklagten in erster Instanz mit den Buchstaben **A, B, C, D, M, N, O, S, T** und **V** beginnt, und aus den Amtsgerichtsbezirken Gütersloh und Minden, soweit nicht die Zuständigkeit der 20. Zivilkammer gegeben ist;

c)

Beschwerden betreffend die Räumungsfrist von Wohnraum (§§ 721 Abs. 6, 794 a Abs. 4 ZPO) und betreffend Vollstreckungsschutzanträgen (§ 765 a ZPO) gegen Räumungsvollstreckungen;

d)

Beschwerden in Sachen der streitigen Gerichtsbarkeit (C-, H-Sachen), soweit die Kammer für das Rechtsmittel in der Hauptsache zuständig ist oder wäre und soweit keine Spezialzuständigkeit der 20., 21. oder 23. Zivilkammer gegeben ist.

die 23. Zivilkammer

a)

Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit mit Ausnahme der Beschwerden, für welche die Kammern für Handelssachen gemäß § 30 Abs. 1 Satz 2, 125 FGG a.F. zuständig sind;

b)

sämtliche Beschwerden in Sachen der streitigen Gerichtsbarkeit (C-, H-Sachen), soweit sie Zwangsvollstreckungssachen oder Kosten (mit Ausnahme der Kostengrundentscheidungen), Gebühren, Zeugen- und Sachverständigenentschädigungen betreffen und soweit nicht eine Spezialzuständigkeit der 20. , 21. oder 22. Zivilkammer besteht;

c)

Beschwerden in den Verfahren nach der Insolvenzordnung und in den Altverfahren nach der bis zum 31.12.1998 gültigen Konkursordnung;

d)

Anträge und Beschwerden nach § 54 BeurkG, § 156 KostO und § 15 BNotO;

e)

Vertragshilfeanträge im ersten Rechtszug;

f)

Beschwerden betreffend die Ablehnung und Ausschließung von Richtern und Rechtspflegern und die Ablehnung von Sachverständigen;

g)

die Bestimmung des örtlich zuständigen Gerichts;

h)

alle Angelegenheiten, welche zur Zuständigkeit der Zivilkammern des zweiten Rechtszuges gehören und keine andere Verteilung gefunden haben.

i)

die aus dem Zuständigkeitsbereich der zum 29.02.2008 aufgelösten 25. Zivilkammer zurückverwiesenen Beschwerdesachen.

die 24. Zivilkammer (4. Kammer für Handelssachen)

alle Handelssachen des zweiten Rechtszuges.

II.**Strafsachen und Bußgeldsachen****die 1. Strafkammer (große Wirtschaftsstrafkammer)**

a)

die in § 74 c GVG genannten Strafsachen gegen Erwachsene (Wirtschaftsstrafsachen) einschließlich der sonstigen Anträge insbesondere nach § 141 III und IV StPO und Beschwerden entsprechend der Regelung unter Ziff. 7.3 der allgemeinen Zuständigkeitsregelungen für die großen Strafkammern;

b)

erstinstanzliche Strafsachen gegen Erwachsene entsprechend der Zuteilung in den aus der Anlage ersichtlichen Turnuskreisen 1 und 2;

c)

die gemäß § 354 Abs. 2 StPO an eine nicht benannte Strafkammer zurückverwiesenen Sachen aus der Zuständigkeit der 9. Strafkammer sowie aus der Zuständigkeit der früheren 12. Strafkammer.

die 2. Strafkammer

a)

erstinstanzliche Strafsachen gegen Erwachsene entsprechend der Zuteilung in den aus der Anlage ersichtlichen Turnuskreisen 1 und 2;

b)

die gemäß § 354 Abs. 2 StPO an eine nicht benannte Strafkammer zurückverwiesenen Sachen aus der Zuständigkeit der 10. Strafkammer mit Ausnahme der Schwurgerichtssachen;

c)

die gemäß § 77 Abs. 3 Satz 2 GVG von einer Strafkammer zu erledigenden Geschäfte;

d)

Anträge und Beschwerden, die sich auf Verfahren und Entscheidungen der Amtsgerichte in Gs-Sachen beziehen, mit Ausnahme der Entscheidungen, die Verkehrsstrafsachen zum Gegenstand haben;

e)

alle übrigen Anträge und Beschwerden in Strafsachen, die nicht der 1., 3., 4., 8, 9. und 10. Strafkammer zugewiesen sind.

die 3. Strafkammer (große Jugendkammer)

a)

Erst- und zweitinstanzliche Strafsachen gegen Jugendliche und Heranwachsende, Jugendschwurgerichtssachen sowie Jugendschutzsachen, die bei den Jugendgerichten anhängig gemacht werden, nach der Regelung zu A.III. 7.1 und 2 als große Jugendkammer einschließlich der sonstigen Anträge insbesondere nach § 141 III und IV StPO und Beschwerden sowie die Beschwerden in Verfahren wegen des Verdachts der Begehung von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung gemäß der §§ 174 bis 174c, 176 bis 181a und 182 StGB, soweit das (oder zumindest eines der) Opfer das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat;

b)

Entscheidungen gegen Jugendliche und Heranwachsende nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten als Kammer für Bußgeldsachen;

c)

erstinstanzliche Strafsachen gegen Erwachsene entsprechend der Zuteilung in den aus der Anlage ersichtlichen Turnuskreisen 1 und 2;

d)

Strafsachen aus der Zuständigkeit der 4. Strafkammer, die gemäß § 354 Abs. 2 StPO an eine nicht benannte Strafkammer des Landgerichts zurückverwiesen werden, sowie gemäß § 354 Abs. 2 StPO an eine nicht benannte Strafkammer des Landgerichts zurückverwiesene Schwurgerichtssachen aus der Zuständigkeit der 10. Strafkammer als Schwurgericht.

die 3a. Strafkammer (kleine Jugendstrafkammer):

die Strafsachen, in denen eine kleine Jugendkammer zuständig ist.

die 4. Strafkammer (große Jugendkammer)

a)

Erst- und zweitinstanzliche Strafsachen gegen Jugendliche und Heranwachsende, Jugendschwurgerichtssachen sowie Jugendschutzsachen, die bei den Jugendgerichten anhängig gemacht werden, nach der Regelung zu A.III. 7.1 und 2 als große Jugendkammer;

b)

erstinstanzliche Strafsachen gegen Erwachsene entsprechend der Zuteilung in den aus der Anlage ersichtlichen Turnuskreisen 1 und 2;

c)

Strafsachen aus der Zuständigkeit der 3. Strafkammer, die gemäß § 354 Abs. 2 StPO an eine nicht benannte Strafkammer des Landgerichts zurückverwiesen werden, in Jugendsachen als Jugendkammer;

d)

alle Angelegenheiten, welche zur Zuständigkeit der Strafkammern des ersten Rechtszuges gehören und keine andere Verteilung gefunden haben.

e)

Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 92 JGG in der durch Art. 1 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Jugendgerichtsgesetzes und anderer Gesetze vom 13.12.2007 (BGBl. I S. 2894) geänderten Fassung.

die 5. Strafkammer (kleine Wirtschaftsstrafkammer)

a)

Berufungsstrafsachen gegen Erwachsene mit Ausnahme der der 14. Strafkammer zugewiesenen Wirtschaftsstrafverfahren, der der 11. Strafkammer zugewiesenen Umweltstrafsachen und der Berufungen gegen Urteile des Strafrichters in Bad Oeynhausen entsprechend der Zuteilung in den Turnuskreisen 3, 4 und 5 einschließlich der Entscheidungen außerhalb der Hauptverhandlung;

b)

Strafsachen der 14. Strafkammer einschließlich der Wirtschaftsstrafsachen, die gemäß § 354 Abs. 2 StPO an eine nicht benannte Strafkammer des Landgerichts zurückverwiesen werden einschließlich der Entscheidungen außerhalb der Hauptverhandlung mit Ausnahme der Berufungen gegen Urteile des Strafrichters in Bad Oeynhausen.

die 6. Strafkammer (kleine Strafkammer):

a)

Berufungsstrafsachen gegen Erwachsene mit Ausnahme der der 14. Strafkammer zugewiesenen Wirtschaftsstrafverfahren und der der 11. Strafkammer zugewiesenen Umweltstrafsachen entsprechend der Zuteilung in den Turnuskreisen 3, 4 und 5 einschließlich der Entscheidungen außerhalb der Hauptverhandlung;

b)

Strafsachen der 11. Strafkammer, die gemäß § 354 Abs. 2 StPO an eine nicht benannte Strafkammer des Landgerichts zurückverwiesen werden einschließlich der Entscheidungen außerhalb der Hauptverhandlung.

die 7. Strafkammer (kleine Strafkammer):

a)

Berufungsstrafsachen gegen Erwachsene mit Ausnahme der der 14. Strafkammer zugewiesenen Wirtschaftsstrafverfahren und der der 11. Strafkammer zugewiesenen Umweltstrafsachen entsprechend der Zuteilung in den Turnuskreisen 3, 4 und 5 einschließlich der Entscheidungen außerhalb der Hauptverhandlung;

b)

Strafsachen der 5. Strafkammer, die gemäß § 354 Abs. 2 StPO an eine nicht benannte Strafkammer des Landgerichts zurückverwiesen werden einschließlich der Entscheidungen außerhalb der Hauptverhandlung;

die 8. Strafkammer:

a)

Anträge und Beschwerden, die sich auf Verfahren und Entscheidungen der Amtsgerichte in Strafsachen (§§ 24, 27 GVG) beziehen, einschließlich der Entscheidungen in Gs-Sachen, die Verkehrsstrafsachen zum Gegenstand haben;

b)

Anträge auf Festsetzung der Zeugen- oder Sachverständigenentschädigung nach § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 und 3 JVEG bzw. § 16 Abs. 1 Satz 3 ZSEG.

die 9. Strafkammer (große Wirtschaftsstrafkammer)

a)

die in § 74 c GVG genannten Strafsachen gegen Erwachsene (Wirtschaftsstrafsachen) einschließlich der sonstigen Anträge insbesondere nach § 141 III und IV StPO und Beschwerden entsprechend der Regelung unter Ziff. 7.3 der allgemeinen Zuständigkeitsregelungen für die großen Strafkammern;

b)

erstinstanzliche Strafsachen gegen Erwachsene entsprechend der Zuteilung in den aus der Anlage ersichtlichen Turnuskreisen 1 und 2;

c)

die gemäß § 354 Abs. 2 StPO an eine nicht benannte Strafkammer zurückverwiesenen Sachen aus der Zuständigkeit der 1. Strafkammer.

die 10. Strafkammer (Schwurgerichtskammer):

a)

die Strafsachen, in denen gemäß § 74 Abs. 2 GVG eine Strafkammer als Schwurgericht zuständig ist einschließlich der Beschwerden, die die Verhaftung oder die einstweilige Unterbringung von Erwachsenen in Schwurgerichtssachen betreffen, sowie sonstiger Anträge insbesondere nach § 141 III und IV StPO;

b)

erstinstanzliche Strafsachen gegen Erwachsene entsprechend der Zuteilung in den aus der Anlage ersichtlichen Turnuskreisen 1 und 2, sowie die bis zum 31.12.2003 in der 4. Strafkammer eingegangenen Strafsachen einschließlich Beschwerden;

c)

Entscheidungen nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten als Kammer für Bußgeldsachen;

d)

die gemäß § 354 Abs. 2 StPO an eine nicht benannte Strafkammer zurückverwiesenen Sachen aus der Zuständigkeit der 2. Strafkammer.

die 11. Strafkammer (kleine Strafkammer):

a)

Berufungen in Umweltstrafsachen gegen Urteile der Amtsgerichte des Landgerichtsbezirks einschließlich der Entscheidungen außerhalb der Hauptverhandlung;

b)

sonstige Berufungsstrafsachen gegen Erwachsene mit Ausnahme der der 14. Strafkammer zugewiesenen Wirtschaftsstrafverfahren entsprechend der Zuteilung in den Turnuskreisen 3, 4 und 5 einschließlich der Entscheidungen außerhalb der Hauptverhandlung;

c)

Strafsachen der 6. Strafkammer, die gemäß § 354 Abs. 2 StPO an eine nicht benannte Strafkammer des Landgerichts zurückverwiesen werden einschließlich der Entscheidungen außerhalb der Hauptverhandlung;

d)

Strafsachen aus der Zuständigkeit der 3a. Strafkammer, die gemäß § 354 Abs. 2 StPO an eine nicht benannte Strafkammer des Landgerichts zurückverwiesen werden einschließlich der Entscheidungen außerhalb der Hauptverhandlung, als kleine Jugendkammer.

die 14. Strafkammer (kleine Wirtschaftsstrafkammer):

a)

Berufungen in Wirtschaftsstrafsachen gegen Urteile der Amtsgerichte des Landgerichtsbezirks einschließlich der Entscheidungen außerhalb der Hauptverhandlung;

die Zuständigkeit erstreckt sich auch auf Berufungen gegen Urteile des Strafrichters in Strafsachen nach dem Katalog des § 74 c I Nr. 1-6 GVG;

b)

Sonstige Berufungsstrafsachen gegen Erwachsene mit Ausnahme der der 11. Strafkammer zugewiesenen Umweltstrafsachen entsprechend der Zuteilung in den Turnuskreisen 3, 4 und 5 einschließlich der Entscheidungen außerhalb der Hauptverhandlung;

c)

Strafsachen der 7. Strafkammer, die gemäß § 354 Abs. 2 StPO an eine nicht benannte Strafkammer des Landgerichts zurückverwiesen werden einschließlich der Entscheidungen außerhalb der Hauptverhandlung.

die 15. Strafkammer (Strafvollstreckungskammer):

a)

die Verfahren, in denen gemäß § 78 a GVG i.V.m. § 78 b Abs. 1 Ziff. 1 GVG die (große) Strafvollstreckungskammer zuständig ist;

b)

die Verfahren aus dem Zuständigkeitsbereich des § 78 a i.V.m. § 78 b Abs. 1 Ziff. 2 GVG, in denen gemäß § 64 StGB die Unterbringung des Verurteilten in einer Entziehungsanstalt angeordnet wurde.

die 16. Strafkammer (Strafvollstreckungskammer):

a)

die Verfahren aus dem Zuständigkeitsbereich des § 78a Abs. 1 Ziff. 2 i.V.m. § 78b Abs. 1 Ziff. 2 GVG (Strafvollzugssachen) einschließlich der Strafvollzugssachen aus dem Bestand der zum 31.12.2009 aufgelösten 19. Strafkammer (Strafvollstreckungskammer);

b)

die Verfahren aus dem Zuständigkeitsbereich des § 78 a i.V.m. § 78 b Abs. 1 Ziff. 2 GVG mit den Anfangsbuchstaben **C, D, F, H, L, P** und **T**, soweit nicht eine Spezialzuständigkeit nach Sachgebieten gegeben ist.

die 17. Strafkammer (Strafvollstreckungskammer):

die Verfahren aus dem Zuständigkeitsbereich des § 78 a i.V.m. § 78 b Abs. 1 Ziff. 2 GVG mit den Anfangsbuchstaben **A, B, I, N, O, Q, R, S (außer Sc), V, X, Y** und **Z**, soweit nicht eine Spezialzuständigkeit nach Sachgebieten gegeben ist.

die 18. Strafkammer (Strafvollstreckungskammer):

die Verfahren aus dem Zuständigkeitsbereich des § 78 a i.V.m. § 78 b Abs. 1 Ziff. 2 GVG mit den Anfangsbuchstaben **E, G, J, K, M, Sc, U und W**, soweit nicht eine Spezialzuständigkeit nach Sachgebieten gegeben ist;

C. Kammerbesetzungsplan**(Stand: 01.01.2010)**die 1. Zivilkammer:

Vors. Richterin am Landgericht	Kirchhoff
Richterin am Landgericht	Dr. Muth (0,5; stellv. Vorsitzende)
Richterin am Landgericht	Kujas (0,5)

Vertreter: Mitglieder der 18. ZivilkammerErsatzvertreter in der Reihenfolge:

Mitglieder der 2., 4., 6. und 8. Zivilkammer

die 2. Zivilkammer:

Vors. Richter am Landgericht	Jander
Richter am Landgericht	Reichmann (stellv. Vorsitzender)
Richterin	Schneider

Vertreter: Mitglieder der 4. ZivilkammerErsatzvertreter in der Reihenfolge:

Mitglieder der 6., 8., 1. und 18. Zivilkammer

die 3. Zivilkammer:

Vors. Richterin am Landgericht	Beckhaus-Schmidt
Richter am Landgericht	Sauer (stellv. Vorsitzender)
Richter	Finke (0,7)

Vertreter: Mitglieder der 9. ZivilkammerErsatzvertreter in der Reihenfolge:

Mitglieder der 5. und 7. Zivilkammer

die 4. Zivilkammer:

Vors. Richter am Landgericht	Drees
Richter am Landgericht	Dr. Windmann (stellv. Vorsitzender)
Richter	Hempel
Richter	Brunnert

Vertreter: Mitglieder der 6. Zivilkammer

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Mitglieder der 1., 2., 3., 4., 5., 7., 8., 9. und 18. Zivilkammer

die 5. Zivilkammer:

Vors. Richter am Landgericht	N.N.
Richter am Landgericht	Eisenberg (0,7; stellv. Vorsitzender)
Richter am Landgericht	Schröder (0,5)
Richter am Landgericht	Schwartz (0,1)
Richter	Tyczynski

Vertreter: Mitglieder der 7. Zivilkammer

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Mitglieder der 9. und 3. Zivilkammer

die 6. Zivilkammer:

Vors. Richter am Landgericht	Dr. Ruhe
Richter am Landgericht	Hunke (stellv. Vorsitzender)
Richter	Roericht
Richterin	Schlesier

Vertreter: Mitglieder der 8. Zivilkammer

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Mitglieder der 2., 4., 1., 18., 9., 7., 5., und 3. Zivilkammer

die 7. Zivilkammer:

Vors. Richterin am Landgericht	Degner
Richter am Landgericht	Dr. Königsmann (stellv. Vorsitzender)
Richterin am Landgericht	Reichelt
Richter am Landgericht	Niessen-Dietrich (bis 19.01.2010)

Vertreter: Mitglieder der 5. Zivilkammer

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Mitglieder der 3. und 9. Zivilkammer

die 8. Zivilkammer:

Vors. Richter am Landgericht	Geue
Richter am Landgericht	Uhlhorn (stellv. Vorsitzender)
Richter am Landgericht	Roloff (0,5)
Richter am Landgericht	Müller (0,2)

Vertreter: Mitglieder der 2. Zivilkammer

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Mitglieder der 4., 6., 1. und 18. Zivilkammer

die 9. Zivilkammer:

Vors. Richter am Landgericht	Drögemeier
Richterin am Landgericht	Kluge (0,75; stellv. Vorsitzende)
Richterin am Landgericht	Dr. Trautwein (0,5)
Richter	Tiggemann

Vertreter: Mitglieder der 3. Zivilkammer

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Mitglieder der 5. und 7. Zivilkammer

die 10. Zivilkammer (1. Kammer für Handelssachen):

Vors. Richterin am Landgericht Mertel (0,5)

Vertreter: Vorsitzender der 3. Kammer für Handelssachen

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Vorsitzender der 6., 7. und 8. Kammer für Handelssachen

die 12. Zivilkammer (3. Kammer für Handelssachen):

Vors. Richter am Landgericht Fels

Vertreter: Vorsitzender der 6. Kammer für Handelssachen

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Vorsitzender der 8., 1. und 7. Kammer für Handelssachen

die 15. Zivilkammer (6. Kammer für Handelssachen):

Vors. Richter am Landgericht Brechmann

Vertreter: Vorsitzender der 7. Kammer für Handelssachen

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Vorsitzender der 3., 8. und 1. Kammer für Handelssachen

die 16. Zivilkammer (7. Kammer für Handelssachen):

Vors. Richter am Landgericht Osthus

Vertreter: Vorsitzender der 8. Kammer für Handelssachen

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Vorsitzender der 1., 3. und der 6. Kammer für Handelssachen

die 17. Zivilkammer (8. Kammer für Handelssachen):

Vors. Richter am Landgericht Reinke

Vertreter: Vorsitzender der 1. Kammer für Handelssachen

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Vorsitzender der 7., 6. und 3. Kammer für Handelssachen

die 18. Zivilkammer:

Vors. Richter am Landgericht Dr. Misera (0,3)

Richterin am Landgericht Dr. Nolting (0,1; stellv. Vorsitzende)

Richter am Landgericht Schulz (0,1)

Vertreter: Mitglieder der 1. Zivilkammer

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Mitglieder der 2., 4., 6. und 8. Zivilkammer

die 20. Zivilkammer:

Präsident des Landgerichts Dr. Schwierern (0,1)

Richterin am Landgericht Dr. Nolting (0,4; stellv. Vorsitzende)

Richter Finke (0,3)

Vertreter: Mitglieder der 21. Zivilkammer

Ersatzvertreter in der Reihenfolge: der/die jeweils dienstälteste Richter/in auf Probe innerhalb der ersten sechs Monate, sodann Mitglieder der 22. und 23. Zivilkammer

die 21. Zivilkammer:

Vors. Richter am Landgericht	Dr. Misera (0,3)
Richter am Landgericht	Schröder (0,5; stellv. Vorsitzender)
Richter am Landgericht	Dr. Kummer (0,5)

Vertreter: Mitglieder der 20. Zivilkammer

Ersatzvertreter in der Reihenfolge der/die jeweils dienstälteste Richter/in auf Probe innerhalb der ersten sechs Monate, sodann Mitglieder der 23. und 22. Zivilkammer

die 22. Zivilkammer:

Vors. Richterin am Landgericht	Hoffmann
Richterin am Landgericht	Brechmann (0,67; stellv. Vorsitzende)
Richter am Landgericht	Schulz (0,6)

Vertreter: Mitglieder der 23. Zivilkammer

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Mitglieder der 20. und 21. Zivilkammer

die 23. Zivilkammer:

Vors. Richter am Landgericht	Schild
Richter am Landgericht	Gaide (stellv. Vorsitzender)
Richter am Landgericht	Dr. Haddenhorst (0,5)

Vertreter: Mitglieder der 22. Zivilkammer

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Mitglieder der 21. und 20. Zivilkammer

die 24. Zivilkammer (4. Kammer für Handelssachen):

Vors. Richterin am Landgericht Mertel (0,2)

Vertreter: Vorsitzender der 3. Kammer für Handelssachen

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Vorsitzender der 6., 7. und 8. Kammer für Handelssachen

die 1. Strafkammer (große Wirtschaftsstrafkammer):

Vors. Richter am Landgericht Korte (0,9)

Richterin am Landgericht Schlingmann (0,5; stellv. Vorsitzende)

Richter am Landgericht Wahlmann (0,7)

Vertreter: Beisitzer der 10. Strafkammer

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Beisitzer der 9., 2., 3. und 4. Strafkammer.

die 2. Strafkammer:

Vors. Richter am Landgericht Dr. Scheck

Richter am Landgericht Nabel (0,7; stellv. Vorsitzender)

Richter am Landgericht Müller (0,8)

Vertreter: Beisitzer der 9. Strafkammer

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Beisitzer der 4., 3., 1. und 10. Strafkammer.

die 3. Strafkammer (große Jugendkammer):

Vors. Richter am Landgericht	Kollmeyer (0,9)
Richterin am Landgericht	Reiberg (0,8; stellv. Vorsitzende)
Richter am Landgericht	Kipp (0,8)

Vertreter: Beisitzer der 4. Strafkammer

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Beisitzer der 2., 1., 10. und 9. Strafkammer.

die 3a. Strafkammer (kleine Jugendstrafkammer):

Vors. Richter am Landgericht	Wiemann (0,2)
------------------------------	---------------

Vertreter in der Reihenfolge:

Beisitzer der 4. Strafkammer

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Vorsitzender der 3. Strafkammer, stellv. Vorsitzende/r der 3. Strafkammer, weitere Beisitzer der 3. Strafkammer, Vorsitzende/r der 11., 5., 6., 7. und 14. Strafkammer.

die 4. Strafkammer (große Jugendkammer):

Vors. Richter am Landgericht	Wiemann (0,7)
Richter am Landgericht	Stellbrink (0,5; stellv. Vorsitzende)
Richterin	Rühl (0,5)

Vertreter: Beisitzer der 3. Strafkammer

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Beisitzer der 1., 2., 9. und 10. Strafkammer.

die 5. Strafammer (kleine Strafammer):

Vors. Richter am Landgericht Funk (0,4)

Vertreter in der Reihenfolge:

Vorsitzende/r der 7., 6., 14. und 11. Strafammer.

Im Falle, dass ein weiterer Richter beizuziehen ist: die genannten Vertreter.

die 6. Strafammer (kleine Wirtschaftsstrafammer):

Vors. Richterin am Landgericht Brinkmann (0,8)

Vertreter in der Reihenfolge:

Vorsitzende/r der 11., 14., 5. und 7. Strafammer.

Im Falle, dass ein weiterer Richter beizuziehen ist: die genannten Vertreter.

die 7. Strafammer (kleine Strafammer):

Vors. Richterin am Landgericht Kinner (0,4)

Vertreter in der Reihenfolge:

Vorsitzender der 14., 5., 6. und 11. Strafammer.

Im Falle, dass ein weiterer Richter beizuziehen ist: die genannten Vertreter.

die 8. Strafammer (Beschlussammer):

Vors. Richter am Landgericht	Lerch (0,1; Vorsitzender)
Vors. Richterin am Landgericht	Prange (0,1; stellv. Vorsitzende)
Vors. Richter am Landgericht	Wiemann (0,1)
Vors. Richterin am Landgericht	Kinner (0,1)
Vors. Richter am Landgericht	Funk (0,1)

Vertreter in der Reihenfolge:

Beisitzer der 2., 3., 4., 1. und 9. Strafkammer.

die 9. Strafkammer (große Wirtschaftsstrafkammer):

Vors. Richter am Landgericht	Hülsmann
Richter am Landgericht	Kleine (0,7; stellv. Vorsitzender)
Richter am Landgericht	Schwartz (0,7)

Vertreter: Beisitzer der 2. Strafkammer

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Beisitzer der 10., 3., 1. und 4. Strafkammer.

die 10. Strafkammer (Schwurgerichtskammer):

Vors. Richterin am Landgericht	Albert (0,9)
Richter am Landgericht	Meiring (0,8; stellv. Vorsitzender)
Richter am Landgericht	Glashörster (0,5)
Richter	Dr. Brüning (0,4)

Vertreter: Beisitzer der 1. Strafkammer

Ersatzvertreter in der Reihenfolge:

Beisitzer der 9., 2., 4. und 3. Strafkammer.

die 11. Strafkammer (kleine Strafkammer):

Vors. Richter am Landgericht	Lerch (0,7)
------------------------------	-------------

Vertreter in der Reihenfolge:

Vorsitzender der 6., 7., 14. und 5. Strafkammer.

Im Falle, dass ein weiterer Richter beizuziehen ist: die genannten Vertreter.

die 14. Strafkammer (kleine Wirtschaftsstrafkammer).

Vors. Richterin am Landgericht Prange (0,4)

Vertreter in der Reihenfolge:

Vorsitzender der 5., 6., 7. und 11. Strafkammer.

Im Falle, dass ein weiterer Richter beizuziehen ist: die genannten Vertreter.

die 15. Strafkammer (Strafvollstreckungskammer):

Vors. Richterin am Landgericht	Albert (0,1)
Richter am Landgericht	Meiring (0,2; stellv. Vorsitzender)
Richter am Landgericht	Hansmeier (0,5)
Richter	Dr. Brüning (0,1)

Vertreter in der Reihenfolge:

Richter der 16., 17. und 18. Strafkammer.

die 16. Strafkammer (Strafvollstreckungskammer):

Vors. Richterin am Landgericht	Brinkmann (0,2)
Richter am Landgericht	Glashörster (0,5; stellv. Vorsitzender)
Richterin am Landgericht	Stellbrink (0,5)
Richter am Landgericht	Roloff (0,17)

Vertreter in der Reihenfolge:

Richter der 15., 18. und 17. Strafkammer.

die 17. Strafkammer (Strafvollstreckungskammer):

Vors. Richter am Landgericht	Kollmeyer (0,1)
------------------------------	-----------------

Richterin am Landgericht	Reiberg (0,2; stellv. Vorsitzende)
Richter am Landgericht	Kipp (0,2)
Richter am Landgericht	Nabel (0,3)
Richter am Landgericht	Dr. Haddenhorst (0,5)

Vertreter in der Reihenfolge:

Richter der 18., 15. und 16. Strafkammer.

die 18. Strafkammer (Strafvollstreckungskammer):

Vors. Richter am Landgericht	Korte (0,1)
Richter am Landgericht	Wahlmann (0,3; stellv. Vorsitzender)
Richter am Landgericht	Kleine (0,3)
Richter am Landgericht	Schwartz (0,2)
Richter am Landgericht	Hansmeier (0,5)

Vertreter in der Reihenfolge:

Richter der 17., 16. und 15. Strafkammer

D. Sonstiges

I.

Das Präsidium nimmt nach Anhörung gemäß § 21 e Abs. 6 GVG zustimmend davon Kenntnis, dass die nachfolgend genannten Richterinnen und Richter für Aufgaben der Justizverwaltung ganz oder teilweise freigestellt werden:

Vors. Richter am Landgericht	Lerch (0,2),
Vors. Richterin am Landgericht	Mertel (0,3)
Vors. Richter am Landgericht	Dr. Misera (0,4)
Vors. Richterin am Landgericht	Prange (0,5)
Vors. Richter am Landgericht	Funk (0,5)
Richter am Landgericht	Eisenberg (0,3)
Richter am Landgericht	Dr. Kummer (0,5)
Richter am Landgericht	Schulz (0,3)
Richterin am Amtsgericht	Kruse (0,5)

II.

Für die seit dem 01.01.2009 beim Landgericht Bielefeld eingeführte richterliche Mediation werden folgende richterliche Mediatoren bestellt:

Vors. Richterin am Landgericht	Beckhaus-Schmidt
Vors. Richterin am Landgericht	Degner
Richter am Landgericht	Glashörster
Richter am Landgericht	Hunke
Vors. Richterin am Landgericht	Kinner
Richter am Landgericht	Kleine
Vors. Richter am Landgericht	Dr. Misera
Richterin am Landgericht	Dr. Muth
Richter am Landgericht	Roloff
Vors. Richter am Landgericht	Dr. Ruhe
Richter am Landgericht	Schröder
Richter am Landgericht	Schwartz

Präsident des Landgerichts
Richterin am Landgericht

Dr. Schwieren
Stellbrink

Eine Entlastung der richterlichen Mediatoren findet derzeit nicht statt.

Die Verteilung der Mediationsverfahren auf die richterlichen Mediatoren erfolgt in alphabetischer Reihenfolge nach einem rollierenden System durch die vom Präsidenten des Landgerichts bestimmte Mediationsgeschäftsstelle. Bei der Verteilung ist zu berücksichtigen, dass der richterliche Mediator nicht der Zivilkammer / Kammer für Handelssachen angehören darf, die das Verfahren zur Durchführung der richterlichen Mediation vorgelegt hat.

E. Geschäftsverteilungsplan für den

Bereitschaftsdienst im Landgerichtsbezirk Bielefeld

I.

Das Amtsgericht Bielefeld nimmt die Geschäfte des Bereitschaftsdienstes nach § 22c GVG in Verbindung mit § 2 der Bereitschaftsdienst-Verordnung vom 23.09.2003 (GV.NRW.2003 S. 603) als Konzentrationsgericht für die Amtsgerichte Bielefeld, Bünde, Gütersloh, Halle (Westf.), Herford, Lübbecke, Minden, Bad Oeynhausen, Rahden und Rheda-Wiedenbrück wahr.

Es ist nach Maßgabe der folgenden Regelungen zuständig für die Vornahme unaufschiebbarer Amtshandlungen an allen Tagen.

Die Zuständigkeit eines nach dem amtsgerichtlichen Geschäftsverteilungsplan zuständigen Richters des Amtsgerichts, in dessen örtlichen Zuständigkeitsbereich die vorzunehmende Amtshandlung fällt, wird hiervon nicht berührt.

Für das weitere Verfahren nach der Entscheidung über die Vornahme der unaufschiebbaren Amtshandlung bleiben die einzelnen Amtsgerichte zuständig.

II.

Zur Leistung des Bereitschaftsdienstes werden die Richter aller beteiligten Amtsgerichte in der Weise herangezogen, dass werktags innerhalb der allgemeinen Dienstzeiten (montags und dienstags zwischen 7:30 und 16:00 Uhr, mittwochs bis freitags zwischen 7:30 und 15:30 Uhr) sowie an allen dienstfreien Tagen zwischen 10:00 und 11:00 Uhr an jedem der beteiligten Amtsgerichte jeweils ein Richter dieses Gerichts die während dieser Zeiten im Zuständigkeitsbereich des Gerichts anfallenden Geschäfte des Bereitschaftsdienstes als Bereitschaftsdienstrichter für das Amtsgericht Bielefeld versieht.

Die Geschäfte des Bereitschaftsdienstes, die außerhalb dieser Zeiten anfallen, nimmt der Bereitschaftsdienstrichter des Amtsgerichts Bielefeld für den gesamten Landgerichtsbezirk wahr.

Die Einteilung der Richter zum Bereitschaftsdienst sowie die Vertretungsregelung im Verhinderungsfall ergibt sich aus den Geschäftsverteilungsplänen der beteiligten Amtsgerichte, die als Anlage zu diesem Geschäftsverteilungsplan genommen werden.

III.

Wird ein Richter während der Dauer seines Bereitschaftsdienstes mit einer Sache befasst, so bleibt er hierfür auch nach dem Ende seiner Bereitschaftsdienstzeit bis zur Entscheidung über die Vornahme der unaufschiebbaren Amtshandlung zuständig.

Mit einer Sache befasst ist der Richter, sobald ihm ein konkreter Antrag auf Vornahme einer unaufschiebbaren Amtshandlung unter Bezeichnung der Art der Amtshandlung und des Namens der betroffenen Person vorliegt oder dessen unverzügliche Übermittlung durch die antragstellende Behörde oder deren Hilfsbeamte - auch fernmündlich - angekündigt wird.

IV.

Der Bereitschaftsdienst wird an nicht dienstfreien Werktagen in der Zeit zwischen 13:00 Uhr und dem Ende der allgemeinen Dienstzeit (montags und dienstags 16:00 Uhr, mittwochs bis freitags 15:30 Uhr) als Präsenzbereitschaftsdienst gesehen.

Außerhalb dieser Zeiten kann er als Rufbereitschaftsdienst gesehen werden.

Soweit der Bereitschaftsdienst als Rufbereitschaftsdienst gesehen wird, ist der Bereitschaftsdienstrichter innerhalb seiner Bereitschaftsdienstzeit über ein dienstliches Mobiltelefon erreichbar.

V.

Wenn der Umfang der anfallenden Geschäfte die Hinzuziehung eines oder mehrerer weiterer Bereitschaftsdienstrichter erforderlich macht, zieht der zuständige Bereitschaftsdienstrichter diese in der Reihenfolge, die sich für den Vertretungsfall aus

dem Geschäftsverteilungsplan des Amtsgerichts, dem er angehört, ergibt, nach Erreichbarkeit hinzu.

VI.

Die Präsidien der beteiligten Amtsgerichte sind einverstanden.

Bielefeld, 15.12.2009

Das Präsidium des Landgerichts

Dr. Schwieren

Brechmann

Drögemeier

Geue

Glashörster

Reiberg

Reichmann

Dr. Ruhe

Wiemann